

- (A)
- Überweisungsvorschlag:
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)
 Auswärtiger Ausschuss
 Innenausschuss
 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Karl Addicks, Jens Ackermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 zur Reform der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union nutzen**
- Drucksache 16/2833 –
- Überweisungsvorschlag:
 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
 Auswärtiger Ausschuss
 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
 Ausschuss für Gesundheit
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- ZP 4 Beratung des Antrags der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Jörg van Essen, Mechthild Dyckmans, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Justizpolitische Agenda für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007**
- Drucksache 16/3622 –
- Überweisungsvorschlag:
 Rechtsausschuss (f)
 Innenausschuss
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- (B)
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen fünf Minuten erhalten soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.
- Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Rainer Steenblock, Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen, das Wort.
- Rainer Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
- Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat gestern Mittag ihr Programm für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht. Die vorliegenden Anträge bieten eine gute Gelegenheit, darüber zu diskutieren.
- Die bündnisgrüne Fraktion hat diesem Haus einen sehr umfassenden Antrag zur Beratung vorgelegt, der die Anforderungen enthält, die nach unserer Auffassung erfüllt sein müssen, um die EU-Ratspräsidentschaft erfolgreich gestalten zu können. Es ist ein bisschen traurig, dass der **Zeitplan**, den die Regierung gesetzt hat, dazu führt, dass wir in diesem Hause, im deutschen Parlament, in den Ausschüssen und im Plenum, im Grunde nicht genug Zeit haben, um die EU-Ratspräsidentschaft auch von der Seite des Parlaments her vorzubereiten. Das bedauern wir sehr. Wir finden das gerade vor dem Hintergrund der Vereinbarung zwischen Bundestag und Bundesregierung kontraproduktiv, in der man sich da-
- Vizepräsident Dr.h.c. Wolfgang Thierse:**
- Ich rufe die Tagesordnungspunkte 28 a und b sowie Zusatzpunkt 4 auf:
- 28 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
- Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Ratspräsidentschaft für eine zukunftsfähige EU nutzen**
- Drucksache 16/3327 –
- (C)
- (D)

Rainer Steenblock

- (A) rauf verständigt hat, dass man während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft die Frage klären will, wie man in Europa zu einer besseren Kooperation kommen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der FDP)

Lassen Sie mich zu den Inhalten kommen – es sind vier Punkte –, die für uns wichtig sind:

Der erste, historisch vielleicht wichtigste Punkt ist, dass die Bundesregierung während ihrer Präsidentschaft einen Ausweg aus der **Verfassungskrise** weisen muss. Wir stehen vor dieser Verantwortung. Es zeichnet sich ab, dass die Bundesregierung den Weg der Geheimdiplomatie beschreitet und der Öffentlichkeit und dem Parlament keine Auseinandersetzung über die Verfassung und über die Möglichkeiten, wie wir aus dieser Krise herauskommen können, anbieten will. Ich will hier sehr deutlich sagen, dass ich das für falsch halte.

Europa braucht mehr Öffentlichkeit und mehr Transparenz. Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen wollen, müssen wir mit ihnen diskutieren und nicht hinter verschlossenen Türen Lösungen erarbeiten, von denen wir glauben, dass sie gut sind. Wenn wir die Kommunikation mit den Bürgern nicht schaffen, dann wird dieser Weg – genau wie Nizza – scheitern. Deshalb appellieren wir an die Bundesregierung, sich zu öffnen und eine öffentliche und transparente Debatte über die europäische Verfassung in diesem Lande zu führen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Der zweite für uns zentrale Punkt ist, dass Europa vor dem Hintergrund des Klimawandels – er ist unbestritten und wir erhalten jeden Tag dramatische neue Meldungen dazu – dringend eine nachhaltige **Energie- und Klimapolitik** braucht. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist gefordert, hier voranzugehen. Wir stellen fest, dass in dem Programm zur EU-Ratspräsidentschaft wichtige Punkte angesprochen sind. Aber es reicht nicht aus, zu den notwendigen, zentralen Punkten zu sagen, dass sie wichtig sind. Wenn man fragt, wie es umgesetzt werden soll, erhält man die Antwort: Das ist wichtig. Wir brauchen konkrete und ambitionierte, aber auch verbindliche Ziele hinsichtlich der erneuerbaren Energien. Wir brauchen innerhalb der EU, wenn sie Vorreiter für den Klimaschutz sein soll – das unterstützen wir alle –, die Verpflichtung, bis 2020 30 Prozent der Treibhausgase einzusparen. Solche zentralen Ziele sind wichtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch absurd, dass der Luftverkehr, der Klimaschädling Nummer eins unter den Verkehrsmitteln, immer noch steuerlich hoch subventioniert wird. Wir brauchen die Einbeziehung des Luftverkehrs in Kioto II, in den Emissionshandel. Auch das ist ein wichtiges energiepolitisches Ziel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen **Wettbewerb**. Wir alle im deutschen Parlament reden immer von Wettbewerb. Wenn wir uns die Energiemärkte ansehen, erkennen wir, dass wir im

Energiebereich keinen Wettbewerb haben. Wer diesen Energiewettbewerb – auch im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher – will, der muss die Marktmacht der Monopole begrenzen. Das ist die zentrale Herausforderung in der Wettbewerbspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend zum Thema Energie: In diesem Jahr bestehen nicht nur die Römischen Verträge seit 50 Jahren, sondern auch Euratom. Dieser 50. Geburtstag wäre eine sinnvolle Möglichkeit, den Euratom-Vertrag endlich zu beerdigen und ihn feierlich aufzulösen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Privilegierung von Atomenergie im Rahmen von Euratom – es ist für Länder, die sich von der Atomenergie verabschiedet haben, zwingend, über ihre Beiträge im Rahmen der EU immer noch den Ausbau der Atomenergie zu finanzieren – ist absurd. Wir wollen das beenden. Das ist für die deutsche Bundesregierung sicherlich ein wichtiger Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jörg Tausch [SPD]: Wir brauchen eine parlamentarische Begleitung dafür!)

– Ja, das machen wir gerne.

Der dritte Punkt ist die **Außen- und Sicherheitspolitik**. Nach den jüngsten Waffenstillstandsabkommen und Vereinbarungen ist es gerade für Nahost wichtig, dass die deutsche Bundesregierung ihre Verantwortung und die historischen Chancen nutzt, um die Roadmap neu zu beleben. Deshalb glauben wir, dass der Bereich Nahost eine der großen Herausforderungen ist.

Die zweite ist sicherlich die Ostpolitik. Hier brauchen wir eine kohärente Politik. Wir brauchen eine Zentralasienstrategie und auch Verhandlungen mit Russland. Außerdem brauchen wir die Schwarzmeerkoooperation. Die Länder von der Ukraine über den südlichen Kaukasus bis Aserbaidschan müssen in das Konzept der drei Räume der neuen Ostpolitik integriert werden. Wir sagen auch: Es geht nicht nur um wirtschaftliche Interessen. Wenn man über diese Regionen spricht und mit ihnen Nachbarschaftsassoziationsabkommen abschließen will, dann stehen für uns Fragen zu Demokratie und Menschenrechten genauso im Vordergrund wie die wirtschaftliche Kooperation.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vierte Punkt. Wir brauchen angesichts des Flüchtlingsdramas an den Südgrenzen der EU eine verantwortungsvolle europäische **Migrations- und Asylpolitik**. Dass im Atlantik und im Mittelmeer Hunderte von Menschen beim Versuch, nach Europa zu kommen, ertrinken, kann nicht hingenommen werden. Wir brauchen konkrete Lösungen für dieses Problem. Dafür muss die Bundesregierung Verantwortung übernehmen.

Wir unterstützen die Bundesregierung sehr, wenn es darum geht, konkrete Ziele für die weitere Integration Europas zu erreichen. Aber wir brauchen die Bundesregierung nicht – so stellt es sich hier dar – als zögerlichen Moderator eines Integrationsprozesses, sondern wir

Rainer Steenblock

- (A) brauchen eine kraftvolle Präsidentschaft mit konkreten Zielen. Die Bürgerinnen und Bürger in Europa wollen, dass man ihnen diesen Weg weist. Sie wollen an dieser Diskussion beteiligt werden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit deutlich überzogen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist typisch für die Grünen! Die überziehen immer!)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zu meinem letzten Satz. – Ich glaube, unsere einzige Chance, die Menschen zurückzugewinnen, besteht darin, konkrete Wege aufzuzeigen und keine allgemeinen Wolkenkuckucksheime zu beschreiben.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Steffen Reiche, SPD-Fraktion.

Steffen Reiche (Cottbus) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selten ist eine EU-Ratspräsidentschaft so gut vorbereitet worden

(B)

(Lachen bei der LINKEN)

und selten gab es zugleich so hohe Erwartungen. Das zeigt zweierlei: das Vertrauen in Deutschland und die Tiefe der Krise der Europäischen Union. Die Europäische Union ist nicht so weit, wie sie sein könnte und sein müsste, um die Interessen der Europäer zu vertreten, ihren Wohlstand zu gewährleisten und ihn für die Zukunft zu sichern. Gäbe es auf europäischer Ebene und weltweit weniger Probleme, dann könnten wir uns gewiss weniger Europa leisten. Da die Herausforderungen aber sehr groß sind, brauchen wir mehr Europa, als wir zurzeit haben.

Ich bin dankbar dafür und habe großen Respekt dafür, dass die deutsche Regierung schon jetzt klar sagt, dass sie die **Verfassung** befürwortet, und dass sie Vorschläge erarbeitet hat, wie sie auf den Weg gebracht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Kollege Steenblock, Sie wissen doch: Wenn man diese Vorschläge jetzt an die Öffentlichkeit bringen würde, dann würden sie zerredet. Es geht darum, sie mit den Regierungen der anderen Länder abzustimmen, damit sie dieser Roadmap im nächsten Halbjahr zustimmen und sie mittragen.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht aber auch darum, sie mit den Menschen abzustimmen!)

Manch einer denkt, die Regierung gehe hier ein großes Risiko ein. Das stimmt. Aber das Risiko, das damit verbunden wäre, wenn die Verfassung nicht ratifiziert würde, ist für Europa noch größer und folgenreicher. Die Bundesregierung hat auf diesem Weg die Unterstützung meiner Fraktion und, wie ich denke, auch die Unterstützung aller anderen Fraktionen, die die Krise Europas realistisch einschätzen.

(C)

All das, was die PDS fordert – vieles davon durchaus zu Recht –, ist nur mit der Verfassung möglich. Wir wissen das. Es ist mir ein Rätsel, wie man das nicht begreifen kann. Vielleicht ist es Zynismus: Es mag ja sein, dass Sie dieses Instrument deshalb nicht haben wollen, damit Sie weiterhin über das klagen können, was Sie ohne dieses Instrument nicht bekommen können.

Ein weiteres zentrales Thema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird die **Energiefrage** sein. Hier wünsche ich mir eine größere Bereitschaft von Regierung und Parlament, Schritte in Richtung Binnenmarkt zu gehen. Die Entwicklung zur Europäischen Union begann mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Montanunion. Die Kohle ist der Hauptenergieträger. Als Steinkohle reicht sie für 171 Jahre, als Braunkohle für 234 Jahre.

Wir brauchen einen Energiebinnenmarkt und nicht 27 Teilmärkte. Die Entscheidung über den Energiemix – das ist ganz klar – verbleibt bei den Nationen. Das hat auch der Präsident der Europäischen Kommission, Herr Barroso, in der gestrigen Ausschusssitzung deutlich gemacht. Von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sollte das klare Signal ausgehen: Deutschland ist bereit, im Energiebereich Schritte in Richtung Integration zu machen und Kompetenzen an die Europäische Union abzugeben.

(D)

Die Ergebnisse des Berichts von Sir Nicholas Stern, der über das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, also auch mit europäischen bzw. deutschen Mitteln, abgesichert worden ist, sollten uns in diesen Fragen zur Vernunft bringen. Wir brauchen einen gemeinsamen Energiebinnenmarkt.

(Beifall bei der SPD)

Wer Europa gestalten will, muss wacher sein und tiefer träumen als andere. Deutschland ist von Freunden umzingelt.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das klingt ja wie eine Drohung!)

Leider ist das Projekt der Europäischen Verteidigungsunion im Jahre 1954 gescheitert. Im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft haben wir jetzt, wie ich denke, die Zeit und die Möglichkeit, das Angebot zu machen, Schritte in Richtung größerer **militärischer Integration** zu gehen, mit dem Ziel, die einzelnen nationalen Armeen durch eine europäische Armee zu ersetzen, über deren Einsatz natürlich das Europäische Parlament zu entscheiden hätte.

(Markus Löning [FDP]: Und was wäre dann mit unserem Parlamentsvorbehalt?)

Steffen Reiche (Cottbus)

- (A) Aufgrund der neuen Struktur würde sich dann auch die Diskussion über die Wehrpflicht, die, wie ich finde, von vielen falsch angegangen wird, erübrigen.

Wenn man das Memorandum des belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt liest, stellt man fest, dass dieser Vorschlag schon von verschiedenen Regierungen gemacht worden ist. Einer seiner sechs Vorschläge zielt ganz zentral auf dieses Thema.

Es hat lange gedauert, bis in Europa eine gemeinsame Währung eingeführt wurde. Die Währungsfrage gehört nun wirklich zum Kernbestand der Rechte der Nationen. Es dauerte von Willy Brandts Vorschlag im Jahre 1970 bis zum Jahr 2002. Erst dann wurde der Euro eingeführt. Wir könnten auf einem solchen Weg viel Geld sparen oder mit dem gleichen Geld mehr Sicherheit für uns und andere erlangen. Deshalb sollte auch über diese Frage während unserer EU-Ratspräsidentschaft geredet werden.

Europa ist auch, ja vor allem **Kultur**. Das ist die Seele Europas. Doch diese Seele muss auch leben. Die Begeisterung für Europa ist außerhalb Europas oft größer als bei uns. Deshalb brauchen wir eine bessere Präsentation Europas auf den anderen Erdteilen. Diese sollte nicht durch nationale Kulturinstitute, sondern durch europäische Erasmus-Institute, die die Kulturen Europas in der Welt präsentieren, erfolgen.

- (B) Unsere Verantwortung in der und für die Welt können wir als weltweit größter Entwicklungshilfegeber besser wahrnehmen, wenn wir die Erfahrungen Europas aus zwei Weltkriegen und einem Marshallplan zur Entwicklung umsetzen, also tun, was Radermacher mit seiner „Global Marshall Plan Initiative“ seit Jahren vorschlägt: Schritte zu mehr Integration gehen. Vielleicht gibt es auch in dieser Richtung Anregungen vonseiten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich hoffe und wünsche – und glaube auch –, lieber Herr Steenblock, dass wir eine starke, kraftvolle deutsche EU-Ratspräsidentschaft und im Ausschuss eine gute Begleitung haben werden.

Ich wünsche uns jetzt einen frohen ersten Advent!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Hellmut Königshaus, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Hellmut Königshaus (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die FDP-Fraktion der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin eine glückliche Hand bei der EU-Ratspräsidentschaft wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD – Jörg Tauss [SPD]: Das ist nett!)

(C)

Denn große Aufgaben stehen ihr bevor und es gibt große Erwartungen. Herr Reiche, Sie haben angekündigt, dass irgendwann noch Vorschläge kommen werden. Das ist nicht ganz so schön. Wir hoffen, dass wir mit unseren Handreichungen, mit unseren Anträgen ein bisschen behilflich sind. Unser Vorgehen ist schon etwas konkreter als das, was Sie hier angekündigt haben und was wir von der Bundesregierung bisher gehört haben.

(Beifall bei der FDP)

Der **Antrag der Grünen** ist leider keine Hilfe. Allein ihn zu lesen, dauert schon relativ lang. Herr Steenblock hat ihn euphemistisch als „sehr umfassend“ bezeichnet. Deshalb bin ich sehr froh, dass ihm von vornherein eine Minute mehr Redezeit zuerkannt wurde, als ihm eigentlich zustand, damit er ihn erklären konnte. Jetzt haben wir wenigstens etwas zu einigen Schwerpunkten gehört. Ansonsten war es nur ein Griff in den Wühltisch von Befindlichkeiten.

(Heiterkeit des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Die **Anträge der FDP** zeigen konkrete Problem- und Handlungsfelder auf. Ich denke, das wird hier hilfreich sein. Das gilt speziell für die justizpolitische Agenda. Die **Kriminalitätsbekämpfung** kann in Zukunft nicht wie bisher nationalstaatlich angegangen werden. Wir haben durch den Wegfall der Grenzen eine Bewegungsfreiheit der Kriminellen. Dieser haben wir noch nicht in angemessenem Umfang eine Bewegungsfreiheit der Kriminalitätsbekämpfung entgegengesetzt. Europäischer Haftbefehl und Europäische Staatsanwaltschaft sind die Stichworte. Wir müssen dabei darauf achten, dass wir auch die Rechte der Beschuldigten auf dem gebotenen, gewohnt hohen Niveau gewährleisten. Wir müssen ferner sicherstellen – leider ist das nicht selbstverständlich –, dass auch im Zeichen des internationalen Terrorismus die Strafverfolgung im europäischen Rahmen Aufgabe der Justiz und der von ihr kontrollierten Polizei bleibt und nicht zur Aufgabe der Geheimdienste und anderer Organisationen wird.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Ein zweiter wichtiger und drängender Punkt bleibt die **Reform der europäischen Entwicklungspolitik**. Hier haben wir die größte Chance, etwas zu verändern, und hier besteht auch großer Bedarf; darüber haben wir oft gesprochen. Die Entwicklungspolitik braucht eine klarere Zielbestimmung, als wir sie heute haben. Die europäische Entwicklungszusammenarbeit muss ihre Rolle innerhalb der verschiedenen bilateralen Aktivitäten der Mitgliedstaaten finden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der Europäischen Union steht für die Entwicklungszusammenarbeit der unbegreifliche Betrag in Höhe von 22 Milliarden Euro zur Verfügung, eine Summe, die man sich kaum vorstellen kann. Nach unserem Eindruck – ich glaube, man kann das auch belegen – wird dieser Betrag vorrangig nach bisherigem Muster verteilt, nach Ge-

Hellmut Königshaus

- (A) sichtspunkten der Besitzstandswahrung und Konfliktscheu gegenüber denen, die davon traditionell profitieren. Das muss aufhören. Ich glaube, durch die Präsidentschaft haben wir die Möglichkeit, entsprechende Weichenstellungen vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will einige Beispiele nennen: Der Europäische Entwicklungsfonds, über den wir schon mehrfach gesprochen haben, muss in den EU-Haushalt integriert und damit der **parlamentarischen Kontrolle** des Europäischen Parlaments unterstellt werden.

(Beifall bei der FDP)

Trotz verschiedener Gegenargumente – teilweise Scheinargumente – wie unterschiedliche Beitragsbemessungen und Ähnliches müssen wir die parlamentarische Kontrolle sicherstellen; denn es ist das Geld des Steuerzahlers.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Allein dafür zahlen wir in Zukunft über 700 Millionen Euro pro Jahr. Wie gesagt: Über die Vergabe wird nicht im Europäischen Parlament, sondern in Gremien entschieden, wo wir kaum wirkliche Kontroll- und Einflussmöglichkeiten haben. Wir haben festgestellt, dass das BMZ wechselnde Vertreter aus seinem Fachreferat – also aus einer unteren Fachebene – in diese Entscheidungsgremien entsendet. Das reicht bei einem solchen Betrag nicht. Mitwirkung und Kontrolle müssen wieder die Rolle spielen, die sie immer dann spielen müssen, wenn mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen wird.

- (B) Es ist somit auch kein Wunder, dass auf diesem Weg auch Entwicklungsmaßnahmen in den überseeischen Ländern und Gebieten, also die territorialen Besitztümer der EU-Mitgliedstaaten, mitfinanziert werden. EU-Kommissar Louis Michel, der kürzlich im AwZ-Ausschuss darüber gesprochen hat, hat dies völlig zu Recht verurteilt. Er sagte aber: Solange das politisch so beschlossen ist, kann das nicht geändert werden. – Wir müssen politisch beschließen, dass wir das ändern.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben in diesem Bereich auch kein Problembewusstsein, weil alles unter das Primat der ODA-Quote gestellt wird. Nach meinem Eindruck ist es im Wesentlichen egal, was mit abfließendem Geld wirklich geschieht, solange das ODA-anrechnungsfähig ist. Das kann aber nicht der Sinn sein. So kann man mit dem Geld des Steuerzahlers nicht umgehen.

(Beifall bei der FDP)

Das Problembewusstsein, das hier besteht, konnten wir kürzlich erkennen, als ein leitender Mitarbeiter aus dem BMZ sagte: Was regen Sie sich eigentlich darüber auf? Es geht hier doch schließlich nur um 300 Millionen Euro für diese überseeischen Gebiete. – Diese Grundhaltung müssen wir brechen und beseitigen. So geht das nicht.

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Wer hat das gesagt?)

– Das sage ich nachher.

Den übermächtigen Drang der EU-Kommission zur **Budgethilfe** müssen wir bändigen; denn der Anteil der Budgethilfe – das wurde bereits angekündigt – soll in Zukunft steigen. Die Ministerin ist gerade leider nicht da. Welche katastrophalen Dinge mit der Budgethilfe bewirkt werden, haben wir vorhin am Beispiel Südafrika gesehen. Die Ministerin hat sich darüber aufgeregt, dass mein Kollege Addicks sagte, die Aidsstiftung von Dr. Rath, die verheerende Wirkungen hat, werde mit BMZ-Mitteln unterstützt. Das ist aber völlig richtig. Das Ganze wird nämlich über die Budgethilfe via südafrikanische Regierung finanziert. Das müssen wir beenden.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Hellmut Königshaus (FDP):

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung hat zu wenig getan, um all dies zu korrigieren. Die EU-Ratspräsidentschaft bietet jetzt Gelegenheit, das zu beenden und mit einer straffen Führung in die Zukunft zu gehen.

Herr Präsident, erlauben Sie mir noch, den Grünen gute Beratungen in Köln zu wünschen, damit sie in Zukunft hier eine bessere Politik machen.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Wünschen dürfen Sie.

Hellmut Königshaus (FDP):

Ihnen, Herr Präsident, und uns allen wünsche ich einen besinnlichen ersten Advent. (D)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Gunther Krichbaum, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gunther Krichbaum (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen in die Hand nimmt, dann merkt man, dass es mit strammen Schritten auf Weihnachten zugeht. Darin wurden nämlich 92 Punkte aufgelistet. Dies zeigt, dass die Erwartungshaltung bezüglich der deutschen Ratspräsidentschaft sicherlich sehr groß ist.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Intensive Auseinandersetzung mit dem Thema!)

Hier ist jedoch Realismus gefordert; denn die Ratspräsidentschaft dauert keine sechs Jahre, sondern lediglich sechs Monate.

In enger Abstimmung mit den nachpräsidierenden Ländern Portugal und Slowenien hat die Bundesregie-

Gunther Krichbaum

- (A) rung hier die Schwerpunkte definiert und benannt. Ich denke, wir sollten an dieser Stelle der **finnischen Ratspräsidentschaft** Dank aussprechen, die sehr engagiert gearbeitet hat und insbesondere im Bereich der Nachbarschaftspolitik und in der Politik für die nördliche Dimension eigene Akzente setzen konnte. Wir werden am 1. Januar den Staffelstab übernehmen.

Lassen Sie mich einige Aspekte der deutschen Ratspräsidentschaft näher beleuchten. Ich halte es für eines der wichtigsten Ziele, dass wir die **europäische Verfassung** voranbringen. Sie muss gefördert werden; denn sie ist letztlich die Gebrauchsanweisung für Europa, die wir dringend benötigen.

Die alten Strukturen des Europa der Zwölf bieten uns keine Antworten für ein Europa der 27 bzw. – wenn es zu einem Beitritt Kroatiens und anderer Staaten kommt – der 28 oder mehr. Deswegen brauchen wir eine vernünftige Handlungsgrundlage. Notwendig sind die Neuordnung der Institutionen und vor allem klare Kompetenzabgrenzungen. Wie das Ganze letztlich genannt wird – ob Vertrag, Verfassung oder Gesetz –, ist zweitrangig. Es geht vor allem darum, dass wir einen entscheidenden Schritt nach vorne kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich kann Ihnen in keiner Weise beipflichten, Herr Kollege Steenblock, wenn Sie sagen, es finde keine **öffentliche Auseinandersetzung** über die europäische Verfassung statt.

- (B) (Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die findet nicht statt! Die Bundesregierung hält sich völlig raus!)

Wir bekommen als Abgeordnete zu keinem anderen Thema mehr Informationen und Positionspapiere von Verbänden, Bürgern und anderen zugeschickt. Es läuft doch bereits eine rege öffentliche Diskussion.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: An der Regierung vorbei!)

Wer hier so auf die Bundesregierung schaut, der muss – damit hat der Kollege Steffen Reiche völlig Recht – auch berücksichtigen, dass wir letztlich alle mit ins Boot bekommen müssen. Es reicht nun einmal nicht, wenn nur 18 Mitgliedstaaten den Vertrag ratifiziert haben – einige von ihnen durch Volksabstimmung –; letztlich müssen alle dem Vertrag zustimmen. Eventuell müssen noch hier und da Kompromisse gefunden werden, aber mit der europäischen Verfassung – ich denke, darin sind sich zumindest die großen Parteien einig – ist im Grunde schon ein Kompromiss gefunden worden.

Wir brauchen Akzente für die Wirtschaft und die soziale, aber auch ökologische Zukunft. Auch das wurde völlig zu Recht festgestellt. Ein Schlagwort ist allerdings wieder etwas in den Hintergrund getreten, und zwar die **Lissabonstrategie**. Hier müssen im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft wichtige Akzente gesetzt werden. In diesem Zusammenhang besteht Handlungsbedarf.

Die Ziele sind ehrgeizig; es gibt kein Wenn und Aber. Ich denke, wir müssen mit Maßnahmen zugunsten einer

- (C) besseren Rechtsetzung, der Förderung von Forschung und Innovation und der Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Selbstverständlich muss das auch von entsprechenden Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz begleitet werden.

Was die Fortschritte hinsichtlich der Europäischen Union als Raum der **Freiheit, Sicherheit** und des **Rechts** angeht, hat die Bundesregierung ihre Schwerpunkte benannt. Wir haben bereits heute Morgen eine, wie ich meine, gute Debatte zu diesem Thema geführt. Wir müssen bei unserem Ziel, innerhalb der Europäischen Union offene Grenzen zu schaffen, auch mehr Sicherheit anstreben.

(Beifall des Abg. Thomas Silberhorn [CDU/CSU])

Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns. Deswegen muss die polizeiliche Zusammenarbeit verstärkt und illegaler Migration wirksam begegnet werden. Zudem muss die Rechtssicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiter verbessert werden.

Lassen Sie mich abschließend auf einen zentralen Punkt zu sprechen kommen, und zwar die **Außen- und Sicherheitspolitik**. Auch hierbei geht es um verschiedene Aspekte. Bei der Entwicklung auf dem westlichen Balkan ist es leider zu Stillständen gekommen. Ich denke zum Beispiel an den Stillstand beim Reformprozess in Bosnien-Herzegowina. Hier brauchen wir dringend neue Impulse. Diese Länder brauchen unsere Unterstützung. Sie werden es nicht alleine schaffen. Die Kooperation Serbiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof muss weiterhin angemahnt werden, damit wir auch hier im Rahmen der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen weiterkommen.

Das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit **Russland** wurde schon angesprochen. Auch in diesem Zusammenhang stehen bekanntlich zurzeit sehr schwierige Verhandlungen an. Allerdings – ich denke, dass wir hier mit einer Stimme sprechen können – ist es erforderlich, dass wir Solidarität mit Polen üben und im Stillen auf Polen einwirken und uns um Kompromisse bemühen. Aber wir dürfen auch nicht zulassen, dass Russland die Europäische Union mit verschiedenen bilateralen Abkommen diversifiziert. Wir wollen keine Aufsplitterung. Die Europäische Union muss im eigenen Interesse mit einer Stimme sprechen.

(Zuruf des Abg. Jörg Tauss [SPD])

– Herr Kollege Tauss, ich widerspreche an dieser Stelle nicht. Wie ich bereits sagte, müssen wir auch auf unsere polnischen Freunde und Partner einwirken; denn letztlich muss man sich fragen, welcher Grund eine Verschiebung des gesamten Prozesses rechtfertigt. Hier bin ich mit Ihnen sicherlich völlig einer Meinung.

Wir brauchen eine Neuausrichtung der **europäischen Nachbarschaftspolitik**. Ich denke hier insbesondere an unsere östlichen Nachbarländer. Die Grenzen werden sich nach dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien verändern. Damit meine ich auch Länder, die manchmal ge-

Gunther Krichbaum

- (A) wissermaßen im Schatten der öffentlichen Diskussion stehen, wie die Republik Moldau. Solche kleineren Länder brauchen unsere Unterstützung und Solidarität.

Am 1. Januar 2007 wird die EU um **Bulgarien und Rumänien** erweitert. Diese weitere Erweiterungsrunde ist – ich darf wohl sagen, dass wir uns darüber freuen – sicherlich erforderlich. Aber wir müssen darauf achten, dass die Standards eingehalten werden. Wir haben bereits in der letzten europapolitischen Debatte gefordert, dass die Schutzklauseln in den Bereichen konsequent greifen, in denen die Voraussetzungen nicht erfüllt werden; das erwarten wir.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Schutzklauseln müssen mit dem 1. Januar 2007 wirken; denn es gibt noch immer bestimmte Defizite im Justizbereich der Beitrittsländer. Man muss sich fragen, was tatsächlich passieren muss, damit die Schutzklauseln greifen. Wir dürfen vor diesem Hintergrund nicht zulassen, dass deutsche Staatsbürger – wenn auch nur theoretisch für eine juristische Sekunde – nach Bulgarien ausgeliefert werden. Hier müssen wir um der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union willen konsequenter auftreten. Ich glaube, dass das verstanden wird. Das ist auch im Hinblick auf den Fortgang der **Türkeidebatte** wichtig. Die CDU/CSU ist der Auffassung, dass wir hier eine Atempause brauchen, wenn sich abzeichnet – so sieht es im Augenblick aus –, dass das Ankaraprotokoll nicht implementiert wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Lassen Sie mich abschließend sagen: Die deutsche Ratspräsidentschaft bietet die große Chance, die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Europäischen Union zu fördern. Wir unterstützen die Bundesregierung in ihren Bemühungen. Wir haben gerade vor dem Hintergrund des markanten Datums **„50 Jahre Römische Verträge“** die Chance, die Europäische Union und ihre Bedeutung nach vorne zu bringen. Sie war in den letzten 50 Jahren ein Garant für Demokratie, Friedenssicherung, Wohlstand, Freiheit und Recht. Wenn ich sehe, was in den letzten 50 Jahren gelungen ist, dann ist mir vor den Fragen der Zukunft, insbesondere vor der Globalisierung, nicht bange. Hierauf ist die Europäische Union, ein integriertes Europa, die beste und glaubwürdigste Antwort.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Alexander Ulrich, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden uns in der nächsten Sitzungswoche nochmals intensiv mit Europa und der deutschen Ratspräsidentschaft befassen. Aber die Grünen brauchten heute 30 Minuten zum Warmlaufen. Wir wollen es ihnen gönnen.

- (C) Die Erwartungen an die Bundesregierung sind riesen-groß; das wurde hier schon mehrmals erwähnt. Die Erwartungen an die große Koalition waren vor einem Jahr ebenfalls riesengroß. Was daraus geworden ist, wissen wir alle. Angesichts der Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der Diskussionen im Europaausschuss können wir schon heute davon ausgehen, dass die Völker Europas Mitte 2007, wenn der Stab an Portugal weitergereicht wird, ähnlich enttäuscht feststellen werden, dass diese Ratspräsidentschaft keine großen Fortschritte erzielt hat.

Die Europäische Union befindet sich in einer schweren Krise. Auch das wird nicht bestritten. Krisen haben aber auch etwas Positives. Man kann aus den Fehlern lernen und das Nein der Franzosen und Niederländer zur Verfassung als Chance für eine soziale, friedliche und demokratische Europäische Union nutzen. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme finden ihren Ausdruck in der **Identitätskrise der EU**. Die EU verfügt über kein gemeinsames Leitbild. Es dominiert leider auch bei der deutschen Bundesregierung immer noch die Vorstellung vom freien Markt, der alles regeln soll, als Kern des ganzen Projekts.

- (D) Europa und die deutsche Ratspräsidentschaft stehen jetzt vor einer strategischen Entscheidung von historischer Bedeutung. Der erste mögliche Weg besteht darin, dem eingeschlagenen Weg in die Sackgasse weiter zu folgen; die Folgen wären ein weiterer Vertrauensverlust bei den Menschen und vermutlich ein Anstieg der Zahl sozialer Konflikte und politischer Spannungen. Der zweite und bessere Weg setzt die Kraft und Bereitschaft zur Neuorientierung in der Europapolitik voraus. Er setzt an den beiden Hauptmängeln des bisherigen Modells an, der fehlenden sozialen Dimension und der Demokratielücke. Die Leitlinie einer solchen Strategie hieße mehr soziale Sicherheit und Verantwortung und mehr Beteiligung und Demokratie. Ein erster Schritt wäre ein alternativer Verfassungsvertrag, der die neoliberalen wirtschafts- und finanzpolitischen Vorgaben des jetzigen Entwurfs zurücknimmt. Diese **alternative Verfassung** könnte man dann 2009 bei den Europawahlen in allen Ländern zur Abstimmung stellen.

Herr Reiche, ich gehe davon aus, dass Sie in den Ausschusssitzungen nicht nur körperlich anwesend sind. Deshalb wissen Sie, dass wir die Verfassung nicht als solche ablehnen, sondern dass wir immer gesagt haben, dass es darauf ankommt, was in der Verfassung steht. Deshalb wollen wir eine Alternative zum jetzigen Verfassungsentwurf. Zu sagen, die Linke sei gegen eine Verfassung, entspricht schlicht und einfach nicht der Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Antrag der Grünen. Herr Steenblock, ich gehe davon aus, dass Sie selbst ein schlechtes Gewissen haben, weil Sie diesen Antrag unterschrieben haben.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe kein schlechtes Gewissen!)

Alexander Ulrich

- (A) Wer in seiner Regierungszeit völkerrechtswidrige Kriege und einen Sozialabbau in einem bisher nicht gekannten Ausmaß mitverantwortete, macht sich unglaublich, wenn er von einer friedlichen und sozialen Union schwadroniert.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Antrag der Grünen könnte man als Antrag auf Aufnahme in die große Koalition verstehen. Ich gehe aber davon aus, dass weder die SPD noch die CDU/CSU die Koalition um die Grünen erweitern möchten. Wir, die Linke, wollen keinen weiteren Ausbau der **militärischen Strukturen** in Europa, wie es die Grünen wollen, sondern wir wollen die zunehmende Militarisierung Europas stoppen. Wir fordern deshalb die Abschaffung der schnellen Eingreiftruppe und der Battlegroups mit dem Ziel, auf eine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der EU hinzuwirken.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg Tauss [SPD]:
Politikunfähigkeit!)

Die Grünen sind von Ihrem Anspruch, eine Friedenspartei zu sein, weit abgekommen, wie dieser Antrag beweist.

Wir haben gestern die Chance gehabt, im Europaausschuss mit dem Kommissionspräsidenten Barroso zu diskutieren. Was er zur EU-Verfassung gesagt hat, war mehr als enttäuschend. Wenn Herr Krichbaum und Herr Reiche sagen, es sei Ausdruck der Zurückhaltung der Diplomatie, jetzt keine Vorschläge zu machen, ist das nur das Eingeständnis, dass man keine Vorstellungen hat, wie die EU-Verfassung zu retten ist. Das ist ein Armutszeugnis für die deutsche Bundesregierung.

(B)

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Das stimmt nicht! Das ist doch Quatsch!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Wolfgang Wodarg, SPD-Fraktion.

Dr. Wolfgang Wodarg (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Bundesregierung dazu beglückwünschen, dass sie eine klare Zielvorstellung formuliert hat und dass sie sehr wohl weiß, welche Ziele sie auch in Bezug auf die europäische Verfassung verfolgen wird. Ich denke, wir sind verpflichtet, das Mögliche so schnell wie möglich anzugehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist richtig, dass die Bevölkerung in Europa mehr als Wirtschafts- und Handelsregelungen erwartet. Es gibt einen Konflikt zwischen Handelsregelungen und zum Beispiel ethischen Werten in der Politik und der Entwicklungspolitik.

In der Entwicklungspolitik gibt es eine Reihe von Verlierern, die auch Verlierer der Handelsabkommen sind. Wir wissen, dass wir uns wegen der **Agarrförderung** der Europäischen Union eigentlich gegenüber den Entwicklungsländern schuldig machen!

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wissen, dass wir hier etwas ändern müssen. Das weiß die Bundesregierung auch. Ich freue mich sehr, dass sie ausdrücklich in ihr Programm geschrieben hat, dass sie in der Wirtschaftspolitik entwicklungspolitische Prioritäten setzen und ihre Verantwortung wahrnehmen will.

Ich möchte auf einen Punkt, der mir sehr wichtig ist, zu sprechen kommen. Ich meine den **Zugang zu Medikamenten**. Auch in dieser Hinsicht hat die Europäische Union eine riesige Verantwortung. Es gibt den Plan – darüber bin ich sehr froh –, die Zeit bis 2016 zu nutzen und in den Least Developed Countries, in den am wenigsten entwickelten Ländern, Medikamente herzustellen, die nicht dem Patentschutz – Stichwort TRIPS – unterliegen. Auf diese Weise darf man Medikamente herstellen und die Pharmaindustrie kann das nicht blockieren. Das ist gut so und das müssen wir nutzen. Wir müssen Länder ausfindig machen, die das können; wir müssen sie fördern, damit überall Medikamente zur Verfügung stehen.

Wir haben über Aids gesprochen. Nur 1,6 Millionen Menschen bekommen Medikamente, aber 6 Millionen brauchen Medikamente. Mehr als 4 Millionen Kranke bekommen sie nicht und sterben – letztlich aus wirtschaftlichen Gründen. Ich will Ihnen ein Erlebnis, das für mich ein Schlüsselerelebnis war, nicht vorenthalten. Ich war bei der Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation in diesem Mai dabei. Da ging es um die Vogelgrippe und einen Impfstoff dagegen. Es gab einen Antrag aus Kenia – unterstützt von Thailand –, der verlangte, dass dieser Impfstoff, wenn er denn hergestellt werden könnte, keinen Patentschutz erhalten sollte. Denn wenn die Vogelgrippe tatsächlich käme, wäre es eine Seuche, die weltweit viele Menschen das Leben kosten würde. Da darf es keine Priorität für Monopole geben; da darf es keine Blockaden geben. Ein Impfstoff muss dann schnell von möglichst vielen produziert werden und er muss allen zur Verfügung stehen.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Monika Knoche [DIE LINKE])

Die Amerikaner saßen am Tisch und haben gesagt: No. Es ist wichtiger, dass das Geschäft läuft und dass unsere großen pharmazeutischen Unternehmen ihre Patentrechte wahrnehmen können, als dass überall in der Welt Impfstoff hergestellt werden kann. – Das geht nicht; das können wir nicht tolerieren. Das ist Geschäftemachen mit dem Leben Tausender von Menschen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Wolfgang Wodarg

- (A) Zum Glück laufen jetzt bei der WHO entsprechende Verhandlungen. Da wird auch die Europäische Union mit verhandeln. Ich bitte die Bundesregierung, in dem Sinne, wie ich das hier angedeutet habe, zu verhandeln. Es ist klar: Erfinder müssen belohnt werden; Forschung muss sich lohnen. Mit guten Forschungsergebnissen soll man auch Geld verdienen dürfen. Aber es darf nicht zur Bildung strategischer Monopole kommen, die dazu führen, dass Medikamente Menschen vorenthalten werden, die von diesen Medikamenten abhängig sind und die ohne sie sterben würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Monika Knoche [DIE LINKE])

Das gilt für Aids; das gilt aber auch für viele **Armutskrankheiten**. Aufgrund der Forschungsförderung über Patente werden bestimmte Medikamente gar nicht mehr entwickelt; denn es lohnt sich nicht. Arme Leute können keine teuren Medikamente kaufen. Allerdings haben arme Leute andere Krankheiten als reiche Leute. Wenn wir hier Forschungsförderung betreiben wollen, wenn wir hier wirtschaftliche Regelungen aufstellen wollen, wenn wir geistiges Eigentum schützen wollen, dann müssen wir das so machen, dass auch an diesen Krankheiten geforscht wird. Auch dafür haben wir eine große Verantwortung. Ich freue mich, dass die Erfahrungen aus der Entwicklungspolitik in unsere Programmatik für die EU-Ratspräsidentschaft einfließen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (B) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**
Ich schließe die Aussprache.

(C)

(D)